

Resolution des SPD-Ortsvereins Nordweststadt-Süd vom 24.09.2019

An den
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt

An die
Dezernentin für Bildung und Integration
SPD-VertreterInnen im Magistrat
SPD-Fraktion im Römer
mit Bildungsfragen beauftragte Mitglieder der SPD Frankfurt
SPD Ortsvereine im Frankfurter Nordwesten

Den Ernst-Reuter-Schulen mehr Respekt!

Keine weiteren Zugeständnisse auf Kosten der Ernst-Reuter-Schulen; die Europäische Schule Frankfurt braucht einen neuen Standort

Als im Jahr 2014, für die Sanierung der Ernst-Reuter-Schulen (ERSen) im damals beschlossenen Aktionsplan Schule bis 2019 lediglich Planungsmittel - also keine Investitionsmittel - vorgesehen waren, den vielen Jahren des tatenlos akzeptierten Verfalls der Schulen also noch weitere tatenlose Jahre folgen sollten, gab es große Proteste.

Aufgrund dieser großen Proteste aus den beiden Schulen, dem Ortsbeirat 8, Gewerkschaften und nicht zuletzt mit Unterstützung der Römerfraktion sowie der für Bildung zuständigen SPD-PolitikerInnen konnte ein breites Bündnis geschaffen werden, welches Wegbereiter für die nun sich endlich in Planung befindende Sanierung der beiden Schulen war.

Allerdings sollen die Sanierungsarbeiten nun gemäß der gerade veröffentlichten Ausschreibung des von Jan Schneider (CDU) geführten Amtes für Bau und Immobilien noch bis ins Jahr 2029 andauern – ein

Zeitraum von kaum zu vermittelnden 15 Jahren oder zwei Schüलगenerationen.

Mit der derzeit vorhandenen Fläche, die bereits mehrmals für Bau und Erweiterung der Europäischen Schule (ESF) Einbußen hat hinnehmen müssen, hat sich eine Vielzahl von Mitgliedern der beiden Schulgemeinden mehrere Jahre u. a. im Rahmen einer von Mai 2016 bis Juni 2017 andauernden Zukunftswerkstatt mit einer an Schulkonzepten und anderen pädagogischen Notwendigkeiten orientierten Nutzung und Gestaltung des bestehenden und denkmalgeschützten Ensembles befasst und Festlegungen getroffen.

Ergänzend wurde im Jahr 2018 von der SPD-Integrations- und Bildungsdezernentin Sylvia Weber - unterstützt durch den Protest der Schulgemeinden, des Ortsbeirats 8, der GEW und der SPD-Römerfraktion gegen die im Bäderkonzept angedachte endgültige Schließung die Sanierung bzw. der Neubau der Schulschwimmhalle definitiv zugesagt.

Wo es zu Abweichungen zum bestehenden Ensemble kam, war dies einer pädagogischen und konzeptionell begründeten Weiterentwicklung der Schule geschuldet.

Der pädagogische Gedanke der Ernst-Reuter-Schulen der Anfangszeit in den 60er-Jahren, der die Förderung aller Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt - gestern wie heute Leitbild der Schulen - konnte durch die wohlüberlegten und an die Erfordernisse einer heutigen Schule angepassten Planung der beiden Schulgemeinden mitgenommen und in die Notwendigkeiten der Rahmenbedingungen heutiger Bildungsstandards übertragen werden.

Die Planungen der Zukunftswerkstatt sollen nun durch die bereits veröffentlichte Ausschreibung umgesetzt werden.

Verunsicherung bezüglich dieses Vorhabens der Stadt Frankfurt sind in den letzten Monaten aufgetreten, wenn in Pressebeiträgen davon berichtet wird, dass angesichts eines mangelnden Standorts für die zu erweiternde Europäische Schule von erneuten Prüfungen berichtet wird, die eine Erweiterung am bestehenden Standort zum Inhalt haben (FAZ, 13.02.2019).

Die bestehenden Örtlichkeiten und Rahmenbedingungen berücksichtigend, könnte ein derartiges Ansinnen nur auf Kosten der Ernst-Reuter-Schulen gehen.

Eigentlicher Anlass für die Presseberichte waren Pläne für den Neubau bzw. die Erweiterung der ESF, Sportflächen im Osten der Stadt zu nutzen und diese der unbedingt erforderlichen Nutzung der örtlichen Sportvereine zu entziehen.

Irritierend in diesem Zusammenhang ist, dass führende SPD-PolitikerInnen diesen Plänen zu Recht vehement und kompromisslos widersprechen, während Aussagen zur wiederholten Prüfung der Erweiterung am bestehenden Standort Niederursel/Nordweststadt unwidersprochen, ja leider sogar unkommentiert geblieben sind und derzeit auch sind.

Das kann nicht sein!

Seit Jahren ringt der Frankfurter Nordwesten darum, dass eine Schule aus sozialdemokratischer Hand wieder die Aufmerksamkeit, Anerkennung und Wertschätzung erhält, die ihr insbesondere hinsichtlich ihres an Gerechtigkeit orientierten Bildungsansatzes zusteht und die diesen Ansatz trotz widrigster Bedingungen Wirklichkeit werden lässt.

Die Schulen der Nordweststadt sind seit Jahren federführend bei der Umsetzung inklusiver Bildungspolitik, lange bevor die Menschenrechtskonvention dies vorschrieb. Die Ernst-Reuter-Schulen nehmen hierbei einen nicht zu ersetzenden Platz ein. Der gemeinsame Unterricht steht im Zentrum dieser Schulen, die Schulen der der Nordweststadt bilden wiederum das Zentrum inklusiver Bildungspolitik in Frankfurt. Für eine derartige Bildungsarbeit benötigt eine solche Schule besondere Bedingungen. Bedingungen wie Platz für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, dennoch geschützte Bereiche sowie überall uneingeschränkte Bewegungs- und Barrierefreiheit.

Der SPD Ortsverein Nordweststadt-Süd fordert den Oberbürgermeister, die SPD-Mitglieder im Magistrat, die SPD-Fraktion im Römer, alle mit Bildungsfragen betrauten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen und nicht zuletzt die

VertreterInnen der SPD im Nordwesten auf, eindeutig dazu Stellung zu nehmen, dass die Ernst-Reuter-Schulen kein weiteres Mal für die Erweiterung der Europäischen Schulen beschnitten werden, dass die Schulen unter dem Schutz aller SPD-VertreterInnen der Stadt Frankfurt stehen und dass die Ernst-Reuter-Schulen unbehelligt ihre mühsam erarbeiteten Pläne für die Sanierung und den Fortbestand eines bildungspolitischen Kleinods umsetzen können.

Alternative Flächen für die ESF sind vorhanden.

Grund und Boden rund um die EZB ermöglichen um ein Vielfaches eine familienfreundliche und verkehrsgünstige Ansiedelung der Schule.

Frankfurt benötigt außerdem keine zwei Sport- und Veranstaltungsarenen, von denen eine bereits durch einen agilen Investor infrastrukturgünstig am Flughafen bald realisiert werden wird. Das am Kaiserlei für eine Multifunktionsarena vorgesehene Grundstück könnte sinnvoller für den Schulbau verwendet werden.

Weitere Flächen würden sich im Osten der Stadt auch ohne Vertreibung finden lassen, wenn die zuständigen Verantwortlichen mit hinreichendem Willen, Geschick und Verhandlungsbereitschaft vorgehen würden.

Bereits erfolgte Vereinbarungen zur bzw. Versuche der gemeinsamen Nutzung von Schulanlagen durch die beiden benachbarten Schulen wurden bereits erprobt und gingen bislang leider stets zu Lasten der ERSen aus, was augenscheinlich insbesondere dem besonderen Sicherheitsbedürfnis der Schulgemeinde der ESF geschuldet ist und war.

Eine weitere Erweiterung am bestehenden Standort würde für beide Schulen nur Kompromisse bedeuten, die nicht im Sinne einer kind- und jugendgerechten und an pädagogischen Grundwerten orientierten Beschulung wären. Hier wäre keiner/m der vielen Tausend Schülerinnen und Schülern gedient.

Beschluss der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Nordweststadt-Süd vom 24.09.2019